

Bedenkliche Veröffentlichungen aus dem Blätterwald

Reform der Gemeindefinanzen: „Gewerbsteuer“

Man stelle sich ein Haus in einer x-beliebigen Stadt Deutschlands vor. Unten rechts praktiziert ein Zahnarzt und darüber ein Zahntechniker. Links daneben hat eine Anwaltskanzlei ihr Büro, ganz oben geht eine Wahrsagerin ihrem Geschäft nach.

Die Preisfrage lautet: Wer von diesen Geschäftsleuten zahlt Gewerbesteuer?

Die richtige Antwort hat das Potenzial für einen sechsstelligen Betrag bei „Wer wird Millionär?“. Formal korrekt ist, dass der Zahntechniker und die Wahrsagerin steuerpflichtig sind, der Zahnarzt und die Anwälte hingegen nicht, denn sie gehören zu den freien Berufen. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich muss niemand in diesem Haus Gewerbesteuer zahlen, schließlich kann sie mit der Einkommensteuer verrechnet werden.

Dieses Beispiel zeigt, dass die Gewerbesteuer nicht umsonst die umstrittenste Steuer in Deutschland ist. Die Wirtschaft will sie abschaffen, die Gemeinden sind ebenfalls unzufrieden mit ihr. Aber sie kämpfen dennoch mit harten Bandagen für den Erhalt, weil sie keine Alternative sehen. Die Politik hat mehrfach versucht, eine grundlegende Reform hinzubekommen, ist aber gescheitert. Das ist wenig überraschend. Nicht jeder Abgeordnete hat in seinem Wahlkreis ein Atomkraftwerk oder einen Autohersteller. Aber jeder Parlamentarier hat vor Ort Bürgermeister und Stadtkämmerer, die Ärger machen können.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will nun einen neuen Anlauf starten, die Gemeindefinanzen neu zu ordnen. Es macht sogar den Eindruck, als sei diese Reform für den früheren Innenminister und bekennenden Föderalismus-Fan geradezu eine Herzensangelegenheit. Der CDU-Politiker hält die Gewerbesteuer für unreformierbar und möchte sie daher durch ein völlig neues System ersetzen.

Dafür spricht einiges. Zwar ist die Gewerbesteuer längst nicht mehr das, was sie einmal war, nämlich ein extrem konjunkturrempfindliches Instrument. Sowohl die rot-grüne Regierung als auch die große Koalition haben die Gewerbesteuer so umgestaltet, dass sie krisenfester geworden ist. Doch noch immer schwankt die Steuer kräftig mit der Konjunktur, was sich gerade in der letzten Krise wieder eindrucksvoll gezeigt hat.

Jedoch brauchen die Gemeinden eine stabile Finanzbasis, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Der Vorschlag der Kommunen, die Gewerbesteuer auf die Freiberufler auszudehnen, würde die Einnahmen der Kommunen zwar verlässlicher machen. Doch es handelt sich letztlich nur um einen Verschiebepbahnhof. Durch die Verrechnung mit der Einkommensteuer werden die Risiken bei Bund und Ländern abgeladen. Diese werden sich die entgangenen Einnahmen an anderer Stelle wieder holen.

Das von Schäuble präferierte Modell, den Kommunen eigene Zuschlagsrechte auf die Einkommen- und die Körperschaftsteuer einzuräumen, hat dagegen viele Vorteile. Durch Einbeziehung aller Steuerzahler einer Gemeinde wird diese Kommunalsteuer zu einer höchst stabilen Finanzquelle. Außerdem macht sie die Gemeindefinanzen transparent und ist damit ein Beitrag zur Demokratie. Wer auf seiner Lohnabrechnung Monat für Monat den Kommunalanteil sieht, wird eher die Frage stellen, ob das neue Spaßbad wirklich nötig ist. Es muss jedoch befürchtet werden, dass Schwarz-Gelb gar nicht die Kraft hat, diese sinnvolle Reform auch durchzusetzen.

Fundstelle:

Frankfurter-Rundschau-Online vom 09. Juli 2010